

Den entscheidenden Grund für die Rezentralisierung des Erdölmarktes sieht das *Asian Wall Street Journal* in der schwierigen Finanzlage der staatlichen Erdölgesellschaften. Niedrige Weltmarktpreise hätten die Gewinne dieser Unternehmen reduziert, zu höheren Importen und zu einer Einschränkung ihres Marktanteils geführt. Durch das zeitlich befristete Importverbot würde diesen Unternehmen nunmehr die Gelegenheit gegeben, ihre Erdölvorräte zu verkaufen.

Trotzdem wird damit gerechnet, daß auch 1994 die Erdölimporte weiter zunehmen. Bereits 1993 wurde China zum Nettoimporteur von Rohöl, und ca. 10% des inländischen Rohölverbrauchs waren 1993 Importe. Bei einigen Erdölprodukten wie Benzin, Treibstoff für Flugzeuge und Schmierölen bestehen größere Engpässe. (AWSJ, 18.5.94)

Die Maßnahmen zur Kontrolle des Erdölmarktes stellen die Existenz der rd. 200 bis 300 kleineren Unternehmen, die Erdölprodukte importiert und mit einer hohen Gewinnspanne im Inland verkauft haben, in Frage. Direkten Einfluß hatten die Maßnahmen auch auf die Warenterminmärkte, die mit Erdölprodukten handeln. So sollen Termingeschäfte für bestimmte Erdölprodukte in Shanghai und Nanjing vorübergehend ausgesetzt worden sein. (SCMP, 13.5. u. 18.5.94) -schü-

Binnenwirtschaft

*(24)

"Streikgefahr als größtes Problem"

Vor dem Hintergrund der Arbeitsniederlegungen und Proteste der Arbeiter in den letzten Wochen soll ZK-Generalsekretär Jiang Zemin in einer Rede die Streikgefahr als das derzeit größte Problem genannt haben, dem sich China gegenübersteht. Zu den besonderen Gefahren zählte Jiang Zemin im einzelnen:

1. Schwerwiegende Verluste in den staatseigenen Unternehmen führten zu Entlassungen und anschließenden Streiks der Arbeiter in den Städten Wuhan und Shenyang.

2. Die Getreide- und Baumwollernte war nicht befriedigend, eine größere Anbaufläche kultivierbaren Ackerbodens lag brach, und viele jüngere Bauern verließen die ländlichen Gebiete.
3. Der Außenhandel erlitt einen Rückschlag durch Anti-Dumping-Maßnahmen verschiedener Länder.
4. Unter dem starken Zustrom ausländischer Importgüter litt die Entwicklung des Binnenhandels.
5. Die Bevölkerung ist über die Korruption in den Reihen der Kommunistischen Partei unzufrieden.
6. Die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen sind nicht im Einklang.
7. Die angespannte Situation auf der koreanischen Halbinsel bedroht die Sicherheit Chinas.
8. Die USA und andere westliche Staaten benutzen das Argument der Menschenrechte, um Druck auf China auszuüben.

Zu den größeren Streiks der letzten Wochen zählt beispielsweise die Arbeitsniederlegung von 20.000 Bergarbeitern in Shuangyashan und Jiamusi (Provinz Heilongjiang). In Dalian (Provinz Liaoning) führten 6.900 Arbeiter einen fünftägigen Streik mit der Forderung nach höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen durch, und in Zhuhai (Provinz Guangdong) legten 2.000 Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen Lohnreduzierungen zu protestieren. (*Lianhe Bao*, Hongkong, in Chinese, 21.5.94, nach SWB, 24.5.94)

Der Streik der Arbeiter in Dalian Mitte Mai d.J. betraf das japanische Unternehmen Mabuchi Motor Company, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, und führte dazu, daß die Produktion für zwei Tage völlig unterbrochen wurde. Die Beschäftigten hatten vor dem Hintergrund der Inflationsrate von 20% dagegen protestiert, daß das japanische Unternehmen im April d.J. nur eine Lohnerhöhung um 10% zugestanden hatte. Die Beschäftigten konnten ihre Forderungen mit einer Steigerung der Löhne um 45% weitgehend durchsetzen. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 14.5.94, nach SWB, 17.5.94) -schü-

*(25)

Widersprüchliche Angaben zur Situation der staatseigenen Unternehmen

In den chinesischen und ausländischen Medien kursieren sehr unterschiedliche Daten über die Entwicklung der staatseigenen Unternehmen, so daß eine Einschätzung der tatsächlichen Situation schwierig ist.

Offiziellen chinesischen Statistiken nach betrug die Zahl der staatseigenen Unternehmen, die 1993 Verluste aufwiesen, 11.453, das waren 2.488 mehr als 1992. Bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen war dies 1993 ein Anteil von 31,8% gegenüber 24,5% im Jahre 1992. Die Höhe der Verluste betrug 1993 31,91 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 2,13 Mrd. Yuan bzw. um 7,2% gegenüber 1992. Einer Untersuchung der Staatlichen Planungskommission und der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission in 2.586 Verlustunternehmen in Shanghai, Shandong, Jilin und fünf anderen Provinzen und Städten zufolge, gingen die Verluste zum überwiegenden Teil (82%) auf das Konto des schlechten Unternehmensmanagements. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 9.3.94, nach SWB, 27.4.94)

Für die ersten vier Monate d.J. berichtet das Staatliche Statistikamt von einer Verschlechterung der Lage einer ganzen Reihe von Unternehmen im Industriesektor. Aufgrund schleppender Verkäufe, steigender Lagerhaltung und Kapitalknappheit hätten die Verluste der Industriebetriebe zugenommen. Derzeit würden 25,7% der Industrieunternehmen und 45% der staatseigenen Unternehmen rote Zahlen schreiben. Verluste der mittelgroßen und kleineren staatseigenen Betriebe beliefen sich Ende März auf 16,6 Mrd. Yuan, dies seien 5,9 Mrd. Yuan mehr als in den vorangegangenen zwei Monaten. Das Statistikamt weist in seinem Bericht auch darauf hin, daß viele staatseigene Unternehmen im direkten Wettbewerb mit Unternehmen anderer Eigentumsformen Probleme hätten, die Zahl der Unternehmen, die ihre Produktion teilweise oder vorübergehend eingestellt hätten, gestiegen sei und einige Unternehmen ihren Beschäftigten keine Löhne hätten zahlen können. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 9.5.94, nach SWB, 11.5.94)

Während überwiegend von einem Anstieg der Verluste und einer Erhöhung der Anzahl der Verlustbetriebe auf rund die Hälfte der gesamten Staatsunternehmen berichtet wird, wies Wang Zhongyu, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission (ETO), während des Beijinger Wirtschaftsforums auf eine Verbesserung der Lage für die staatseigenen Unternehmen hin.

Wang zufolge seien die Gewinne der staatseigenen Unternehmen deutlich gestiegen, und auch die Anzahl der wirtschaftlich schwachen Unternehmen sei zurückgegangen. In den ersten vier Monaten d.J. hätten die staatseigenen Unternehmen eine Erhöhung der Produktion um 4,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode erreicht. Daß eine große Zahl von staatseigenen Unternehmen ihre Produktion eingestellt hätten, beruhe lediglich auf Gerüchten. Tatsächlich wiesen einer Umfrage in 16 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten nach nur 10% der Unternehmen brachliegende Produktionskapazitäten auf, und lediglich 4% hätten die Produktion ausgesetzt.

Während des wirtschaftlichen Reformprozesses sei es nach Einschätzung von Wang durchaus normal, daß einige Unternehmen ihre Produktion vorübergehend einstellten oder reduzierten. Außerdem wären viele dieser Unternehmen mittelgroße oder kleinere Unternehmen und überwiegend Unternehmen der Kohle- und Textilindustrie. Darüber hinaus hätte sich die Lage dieser Unternehmen nicht erst kürzlich verschlechtert, sondern sei durch die auf diesen Unternehmen bereits seit langem lastenden Probleme verursacht worden.

Daß der Eindruck steigender Verluste in den staatseigenen Unternehmen hervorgerufen würde, sei auch durch die Veränderung der Kalkulationsbasis in den Unternehmen zu erklären. So seien im Juli 1993 neue Methoden der Rechnungsführung in den Unternehmen eingeführt worden, nach denen Kreditzinsen, zusätzliche Lohnzahlungen, Boni und andere Gebühren nun zu den Kosten gerechnet würden. Außerdem hätten die Unternehmen höhere Abschreibungssätze für Anlagen berechnen können, um mehr Mittel für die technische Erneuerung zur Verfügung zu haben.

Die Umstellung der Kalkulationsbasis hätte jedoch dazu geführt, daß die ausgewiesenen Gewinne zurückgegangen seien und daß selbst Unternehmen, die zuvor noch kleinere Gewinne gemacht hätten, inzwischen zu den Verlustunternehmen zählen würden. Tatsächlich jedoch habe sich die Effizienz der Unternehmen erhöht. Würde von der alten Berechnungsbasis ausgegangen, dann wären die Gewinne der Unternehmen im 1. Quartal 1994 um rd. 50% gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen und hätten sich auf 19,1 Mrd. Yuan belaufen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 12.5.94, nach SWB, 14.5.94)

Nach Einschätzung des *Asian Wall Street Journal* vom 24.5.94 versucht die chinesische Regierung einerseits, die Probleme der staatseigenen Unternehmen herunterzuspielen, habe jedoch andererseits bereits mit einer erneuten Lockerung der Kredite begonnen.

Daß trotz der widersprüchlichen Berichte über die wirtschaftliche Lage der staatseigenen Unternehmen eine kritische Situation erreicht zu sein scheint, kann also indirekt aus der nunmehr geplanten weiteren Lockerung der Kredite für diese Unternehmen geschlossen werden. Neue Kredite sollen die Unternehmen in die Lage versetzen, Löhne und Renten zu zahlen. Allerdings wurden die Lokalregierungen aufgerufen, eigene Mittel für die finanzielle Absicherung der Arbeitskräfte (bzw. der de facto Arbeitslosen) in den Verlustunternehmen bereitzustellen, um gemeinsam mit der Zentralregierung die soziale Stabilität zu sichern. Weiterhin sollen Kredite für die Lösung des erneut aufgetretenen Problems der Verschuldungsketten zwischen den Unternehmen eingesetzt werden. Von dem Verschuldungsproblem sind derzeit die Kohle- und Elektrizitätsindustrie, die metallurgische und petrochemische Industrie sowie die Holzindustrie besonders betroffen. Regional konzentrieren sich die Probleme vor allem auf die zwei nordöstlichen Provinzen Heilongjiang und Liaoning. (SCMP, 20.5.94) -schü-

*(26)

Stärkere Unterstützung für Landwirtschaft gefordert

In ihrem gemeinsam erstellten Jahrbuch zur ländlichen Wirtschaft 1993-94 fordern das Institut für ländliche Ent-

wicklung der Akademie der Sozialwissenschaften und die Statistikabteilung für ländliche Wirtschaft des Staatlichen Statistikamtes eine bessere finanzielle Unterstützung für die Landwirtschaft.

Neben einer Analyse der ländlichen Wirtschaft im Jahre 1993 enthält das Jahrbuch auch eine Prognose der Entwicklung für 1994. Mit Blick auf die ländliche Industrie und den ländlichen Tertiärsektor wird im Jahrbuch darauf verwiesen, daß die Anteile dieser Sektoren am gesamten Outputwert der ländlichen Wirtschaft und an der Beschäftigung im letzten Jahr weiter gestiegen sind. Zwar seien vergleichbar hohe Wachstumsraten der ländlichen Industrie in Ost-, Zentral- und Westchina realisiert worden, doch hätten sich die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Regionen weiter vergrößert. Während die Zunahme des Konsumgüterumsatzes in den ländlichen Märkten relativ niedrig blieb, gab es hohe Preissteigerungen für Konsumgüter, es wurden weniger landwirtschaftliche Inputs eingesetzt, Kapitalknappheit war ein verbreitetes Phänomen in den ländlichen Gebieten und die Makroregulierung und -kontrolle in der Landwirtschaft zeigte relativ wenig Wirkung.

Im Jahrbuch wird weiterhin darauf verwiesen, daß die Landwirtschaft 1993 insgesamt Mittelzuweisungen von 43 Mrd. Yuan erhalten hat, ein Anstieg um 7% im Vergleich zu 1992. Zwar waren hiervon 13 Mrd. Yuan für den landwirtschaftlichen Investbau, doch blieb die Wachstumsrate dieser Investitionen unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung negativ.

In der Prognose zur Entwicklung im Jahre 1994 wird in Abhängigkeit von der Ernteentwicklung von einer Steigerung des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes [schließt Anbau, Vieh- und Forstwirtschaft sowie Fischzucht und Nebengewerbeproduktion ein] in Höhe von 3,5-6% ausgegangen. Für die ländliche Industrie sagen die Forschungsinstitute eine Wachstumsrate voraus, die zwischen 25-30% bzw. zwischen 15-20% schwankt, örtlich unterschiedlich hoch ist und von den lokalen Wirtschaftsbedingungen abhängig ist. Weiterhin wird eine reale Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens der Bauern von 3-4% erwartet. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 23.4.94, nach SWB, 20.5.94)

Auf Probleme in der landwirtschaftlichen Entwicklung wies auch Landwirtschaftsminister Liu Jiang in einer Rede Anfang April hin. Liu Jiang zufolge kann das Angebot landwirtschaftlicher Produkte keineswegs als stabil angesehen werden. Aufgrund der Knappheit der bebaubaren Anbaufläche und der hohen Bevölkerungszahl habe der Outputanstieg landwirtschaftlicher Produkte mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt halten können. Der Pro-Kopf-Verbrauch bei landwirtschaftlichen Produkten sei weiterhin niedrig und die regionale Verteilung landwirtschaftlicher Produkte und die Struktur der Anbauprodukte sehr ungleichmäßig. Außerdem würden die Preise sehr stark schwanken. Als weitere Probleme nannte Liu Jiang die nur langsame Steigerung der bäuerlichen Einkommen, die sich auf die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Inputs sowie auf die Expansion der ländlichen Märkte auswirke, sowie den wachsenden ländlichen Beschäftigungsdruck. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 5.4.94, nach SWB, 20.5.94) -schü-

*(27)

Landwirtschaftliche Anbauflächen sollen besser geschützt werden

Der Umfang der landwirtschaftlichen Anbauflächen hat durch die schnelle Ausweitung der industriellen Entwicklungszonen und den Wohnungsbau in den letzten Jahren zunehmend abgenommen mit der Folge, daß in manchen Regionen die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Grundprodukten aus Sicht der Zentralregierung nicht mehr gewährleistet erscheint. Die Kritik an dieser Entwicklung soll sich vor allem gegen die Provinzen Guangdong und Fujian richten, denen strengere Auflagen bei der Landnutzung gemacht werden. Produktionseinbrüche bei Getreide in den südlichen Provinzen, insbesondere in Guangdong und Fujian, werden für die Getreidepreiserhöhungen verantwortlich gemacht, die eine landesweite Preissteigerungswelle auslösen.

In Fujian wurden deshalb beispielsweise die Genehmigungen für 20 Entwicklungszonen zurückgenommen, die eine Fläche von 102 km² umfaßten, und Schutzzonen für landwirtschaftliche Nutzungsflächen für drei Viertel der Anbauflächen festgelegt. (SCMP, 16.5.94)

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Anbauflächen ist im Einzugsbereich der Großstädte am größten. In Beijing beispielsweise sank die Nutzungsfläche in den ländlichen Außenbezirken von 6.100 km² in den 50er Jahren auf 4.100 km² im Jahre 1993. Allein im letzten Jahr gingen durch Projekte im Wohnungsbau 40 km² Anbauflächen verloren. Inzwischen muß die Stadt die Hälfte des jährlichen Getreidebedarfs der Bevölkerung in Höhe von 5,2 Mio.t aus anderen Regionen beziehen. Auch in Beijing sollen nunmehr neue Bestimmungen zur Klassifizierung der Anbauflächen einen besseren Schutz fruchtbaren Ackerlandes gewährleisten. (XNA, 27.5.94) -schü-

*(28)

Vorschläge zur Reduzierung der regionalen Einkommensunterschiede

In einem Artikel in der *South China Morning Post* vom 16.5.94 nimmt Li Yining, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung an der Beijing Universität und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Stellung zu Fragen der regionalen Entwicklung in China.

Nach Einschätzung von Li Yining werden die regionalen Einkommensunterschiede in den nächsten Jahren weiter wachsen und die Stabilität beeinträchtigen. So seien die Küstenregionen aufgrund ihrer besseren wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen eher in der Lage, vom Wirtschaftswachstum zu profitieren als die zentralen und westlichen Provinzen. Bei einer angenommenen Wachstumsrate von weiterhin neun oder zehn Prozent landesweit würde das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Küstenprovinzen weiterhin höher sein als in den übrigen Regionen, und damit würden sich dementsprechend die Einkommensunterschiede weiter verstärken.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Küstenprovinzen und den übrigen Regionen bestehe auch in der Eigentumsstruktur der Unternehmen. So wiesen die erstgenannten einen höheren Anteil an Aktiengesellschaften, ländlichen Industrieunternehmen und Unternehmen mit ausländischem Kapital auf, die den dynamischen Sektor der Wirtschaft darstellten. Dagegen würden in den übrigen Regionen die staatseigenen Unternehmen noch den

größten Anteil stellen. Da der staatliche Sektor wesentlich langsamer wachse als der nicht-staatliche und die Inlandsprovinzen sich auf den staatlichen Sektor bei der Stimulierung ihres Wirtschaftswachstums verließen, seien die Inlandsprovinzen mit einem geringeren Einkommenswachstum konfrontiert als die Küstenprovinzen.

Als weiteren Einflußfaktor nennt Li Yining die unterschiedliche Abhängigkeit vom Agrarsektor als Wachstumsquelle, die in den Inlandsprovinzen wesentlich größer sei im Vergleich zu den Küstenprovinzen. Während die Wachstumsdynamik der Landwirtschaft nur gering sei, weise die Industrie generell höhere Wachstumsraten auf als die Landwirtschaft.

Weiterhin spiele Auslandskapital eine entscheidende Rolle für die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung. Aufgrund der besseren Standortbedingungen in den Küstenprovinzen müsse davon ausgegangen werden, daß diese in Zukunft auch weiterhin den Hauptanteil der ausländischen Investitionen auf sich ziehen würden. Die Situation für die Inlandsprovinzen würde jedoch noch dadurch verschlechtert, daß knappes Kapital und Fachwissen der ärmeren Regionen aufgrund der besseren Bedingungen in die Küstenprovinzen abwandere. Kurzfristig, so Li Yining, könne diese Entwicklung kaum umgekehrt werden. Vielmehr sei zu erwarten, daß sich aufgrund des hohen Wachstumstempos in den Küstenstädten die Situation weiter verschärfen werde.

Li Yining sieht jedoch längerfristig Möglichkeiten für die Regierung, das weitere Auseinanderfallen der regionalen Entwicklung aufzuhalten. So sollte eine Politik verfolgt werden, die den dynamischen Sektor, also den nicht-staatlichen, zum Wachstumsmotor in den Inlandsregionen werden läßt. Hierdurch könnte sowohl der Abfluß von Kapital und Fachwissen aus den ärmeren Provinzen in die Küstenstädte aufgehalten als auch die ländliche Armut reduziert werden.

Weiterhin sollte Li Yining zufolge die Reform der staatseigenen Unternehmen beschleunigt werden, indem diese Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt würden oder mit ausländischen Investoren Joint Ventures eingingen. Nur so könnten sich die staats-eigenen Unternehmen aus ihrer finan-

ziellen Misere befreien und zu einer wichtigen Wirtschaftskraft in den Inlandsprovinzen werden.

Eher kritisch beurteilt Li Yining die zentralstaatliche Politik, die Großprojekte in Inlandsprovinzen als wirtschaftliches Allheilmittel ansehe. Zwar seien diese notwendig, um die Provinzen bei der Erschließung ihrer natürlichen Ressourcen zu unterstützen, doch könnte sich der Staat riesige Investitionsprojekte aufgrund der knappen Finanzmittel nicht mehr leisten. Außerdem garantierten diese Projekte keineswegs, daß hierdurch das notwendige Wirtschaftswachstum ausgelöst werde, das zur Verringerung der regionalen Einkommensunterschiede erforderlich sei.

Abschließend geht Li Yining in dem Artikel auf die Frage einer möglichen Annäherung der regionalen Einkommensunterschiede ein. Den Zeitpunkt für diese Entwicklung sieht Li erst im Jahre 2020 gegeben. Bis dahin könnten die zentralen und westlichen Regionen ihre Wirtschaftskraft entfaltet haben und zu einer Wachstumsquelle für Chinas Wirtschaft im 21. Jahrhundert werden. -schü-

*(29)

Wirtschaftliche Erfolge seit 1978

Mitte Mai fand in Beijing ein internationales Wirtschaftsforum statt, das gemeinsam von der Staatlichen Wirtschaftsreformkommission und der *International Herald Tribune* unterstützt wurde. In seiner Eröffnungsrede stellte Li Tieying, Staatsrat und Minister der Staatlichen Wirtschaftsreformkommission, Vergleichsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 1993 vor, die im Folgenden auszugsweise dargestellt werden.

Größere Bedeutung des nicht-staatlichen Sektors:

Zusammensetzung der Industrieproduktion nach Eigentumsformen:

- staatseigene Industrie 48,3%
- kollektiveigene Industrie 38,2%
- privateigene Industrie und Unternehmen mit Auslandskapital 13,5%

Zusammensetzung des Einzelhandelsvolumens nach Eigentumsformen:

- staatseigener Handel 41,3%
- kollektiveigener Handel 27,9%
- privateigener Handel und Joint Ventures 30,8%

Umwandlung der staatseigenen Unternehmen:

Bis 1993 wurden schrittweise die Entscheidungsrechte der staatseigenen Unternehmen vergrößert und Anreiz- und Sanktionssysteme eingeführt, um die Umstellung der Unternehmen auf Marktbedingungen zu erleichtern. Auf einer experimentellen Basis wurden insgesamt 11.500 staatseigene Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt.

Übergang von administrativer Wirtschaftslenkung zu marktlicher Allokation:

Als Ergebnis der graduell durchgeführten Preisreformen wurden mehr als 80% der Investitionsgüterpreise, mehr als 85% der Preise für landwirtschaftliche Produkte und mehr als 95% der Preise für industriell hergestellte Konsumgüter freigegeben. Diese Entwicklung ging einher mit der Reduzierung der staatlichen Planung. Vor 1978 waren rd. 95% des gesamten industriellen Outputwertes der Imperativplanung unterworfen, während dieser Anteil inzwischen auf 5% verringert wurde. Zurückgegangen ist ebenso das Volumen der Investitionsgüter, die dem einheitlichen staatlichen An- und Verkauf unterliegen.

Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Gebiete:

Die Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Produktion und Preisanreize führten zu einer Erhöhung der Getreideproduktion von rd. 300 Mio.t im Jahre 1978 auf 456 Mio.t im Jahre 1993. Bis Ende 1993 entstanden in den ländlichen Gebieten 23,21 Mio. Unternehmen, die rd. 110 Mio. überschüssige Arbeitskräfte absorbiert haben.

Hohes Wirtschaftswachstum und Strukturwandel:

Die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen 1978 bis 1993 belief sich auf 9%; 1992 und 1993 betrug das BIP-Wachstum sogar 12,8% und 13,4%. Im Reformzeitraum veränderte sich die Struktur des BIP wie folgt:

Struktur des BIP (in Prozent)

	1978	1993
Primärsektor	28,4	21,2
Sekundärsektor	48,6	51,8
Tertiärsektor	23,0	27,0

Außenwirtschaftliche Öffnung

Im Verlauf der außenwirtschaftlichen Öffnung wurden fünf Sonderwirtschaftszonen eingerichtet sowie 32 Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen und 52 nationale (unter direkter Leitung der Zentralregierung stehende) Entwicklungszonen für High Tech und neue Technologien gegründet. Mehr als 900 Städte und Kreise weisen heute Sonderbedingungen für die außenwirtschaftliche Entwicklung auf.

Das Außenhandelsvolumen erhöhte sich zwischen 1978 bis 1993 von 20,64 Mrd.US\$ auf 195,8 Mrd.US\$ mit einer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 16,2%. Mit dem Außenhandelsvolumen von 1993 lag China auf Platz 11 weltweit; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Im- und Exporte 1993 rd. 35%.

Zwischen 1979 und 1993 wurden insgesamt 174.000 Investitionsprojekte genehmigt und Auslandsinvestitionen in Höhe von 63,9 Mrd.US\$ realisiert. Allein 1993 belief sich die Anzahl der genehmigten Projekte auf 83.000 und die Summe der realisierten Auslandsinvestitionen auf 25,75 Mrd. US\$. In den letzten Jahren hat China auch seine eigenen Auslandsinvestitionen verstärkt. Bis Ende 1993 wurden 4.497 chinesische Unternehmen in 120 Ländern mit einem Investitionsvolumen von 5,16 Mrd.US\$ gegründet.

Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung:

Das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern stieg zwischen 1978 bis 1993 von 134 Yuan auf 921 Yuan mit einer jährlichen Zunahme von real 7%. Die durchschnittlichen Löhne der Arbeiter und Angestellten in den Städten erhöhten sich von 615 Yuan im Jahre 1978 auf 3.236 Yuan, eine reale jährliche Steigerung von 5%.

Gleichzeitig verbesserte sich die Wohnsituation der Bevölkerung. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in den Städten erhöhte sich von 3,6 m² auf 8 m² und in den ländlichen Gebieten von 8,1 m² auf 19 m².

In seiner Eröffnungsrede ging Li Tieying außerdem auf die Erfahrungen Chinas im Verlauf der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems, auf den ordnungspolitischen Rahmen der sozialistischen Marktwirtschaft sowie auf die Anfang 1994 begonnenen weiteren Reformschritte ein. (*Renmin Ribao*, 12.5.94, S.5; SWB FE/D1998/CNS 160594) -schü-

*(30)

Konsumenten besser geschützt

In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (siehe hierzu auch das Dokument "Gesetze der Volksrepublik China gegen unlauteren Wettbewerb" in diesem Heft) sollen nach einem Bericht der Verbrauchervereinigung (China Consumer Association = CCA) mehr als 73.500 Beschwerden unzufriedener Konsumenten eingegangen sein.

Nach Einschätzung der CCA zeige die hohe Zahl der Beschwerden, daß sich das Bewußtsein der Verbraucher verändert habe und sie kritischer gegenüber minderwertigen Produkten geworden seien. Der überwiegende Teil der Beschwerden sei zu Gunsten der Verbraucher verhandelt worden, denen eine Kompensation von insgesamt 32 Mio. Yuan als Entschädigung gezahlt wurde. (SCMP, 6.5.94) -schü-

Taiwan

*(31)

Offizielle Besuche Li Denghuis in Nicaragua, Costa Rica, Südafrika und Swasiland

Vom 4.-16.Mai besuchte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) vier Staaten: Nicaragua, Costa Rica, Südafrika und Swasiland. Es war die erste offizielle Auslandsreise eines Präsidenten der Republik China seit 17 Jahren. Zur Zeit unterhält Taiwan nur noch mit 29

Staaten volle diplomatische Beziehungen, davon sind 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), acht in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und eine in Europa (Vatikanstadt). Lateinamerika und Afrika sind also die letzten wichtigen Stützpunkte Taiwans im "diplomatischen Kampf" mit Beijing. Während Beijing nach wie vor bei seinem Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans beharrt, befürwortet Taiwan seit Ende der 80er Jahre unter dem Motto "flexible Diplomatie" und "pragmatische Diplomatie" eine "Doppelanerkennung", d.h. Anerkennung zweier chinesischer Regierungen. Durch großzügige Wirtschaftshilfen kann Taiwan vor allem die armen und kleinen lateinamerikanischen und afrikanischen Länder halten oder gewinnen. Seit 1984 hat es an diese Staaten Kredite in Höhe von insgesamt 72 Mio.US\$ vergeben. (*Taiwan aktuell*, München, 19.5.94)

Beim Zusammentreffen mit Präsidentin Violeta Chamorro am 5.Mai in Managua hat Li Denghui Nicaragua die Rückzahlung eines alten Darlehens aus den 80er Jahren einschließlich Zinsen in Höhe von 22 Mio.US\$ zu 75% erlassen. Darüber hinaus erhält Nicaragua von Taiwan einen neuen Kredit von 30 Mio.US\$ zur Förderung der Landwirtschaft. (CP, 7.5.94; ZYRB, 8.5.94)

In Costa Rica nahm Li Denghui am 8.Mai an den Feierlichkeiten der Amtseinführung des neuen Präsidenten José Maria Figueres teil. Einer Meldung der englischsprachigen Zeitung von Taiwan *China Post* (9.5.94) zufolge hat Li Costa Rica eine Finanzhilfe von 15 Mio.US\$ zugesagt. Ein Abkommen über die Zusammenarbeit beider Seiten bei der Forschung auf dem Gebiet der traditionellen Medizin wurde abgeschlossen. (FCJ, 13.5.94) Ferner will Taiwan dem mittelamerikanischen Staat beim Bau neuer Häfen und Autostraßen sowie bei der Förderung von Familienbetrieben in der arbeitsintensiven Industrie und von kleinen und mittleren Bauernhöfen helfen.

Höhepunkt der diplomatischen Tour Lis war sein Besuch in Südafrika. Dort nahm er am 9.Mai an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des ersten farbigen Präsidenten, Nelson Mandela, teil. Unter den o.g. 29 Staaten, die volle diplomatische Beziehungen zur Republik China auf Taiwan unterhalten, hat nur Südafrika noch eine größere Bedeutung in der Weltpolitik. Da die VR China Mandelas Partei ANC (African National Congress) in deren Kampf gegen die Apartheidpolitik der weißen Regierung in der Vergangenheit stets unterstützt hat, ist eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Pretoria und Beijing allgemein zu erwarten.

Auf der anderen Seite gibt es zur Zeit rd. 300 taiwanische Unternehmen mit 40.000 Arbeitsplätzen in Südafrika. Südafrikas Handelsvolumen mit Taiwan (im letzten Jahr 1,9 Mrd.US\$) ist doppelt so hoch wie das mit der VR China. Im Hinblick auf das Wirtschaftsinteresse will die neue Regierung in Pretoria, wie Mandela vor kurzem bei seinem Besuch in Taiwan angedeutet hat, diplomatische Beziehungen zu beiden chinesischen Seiten unterhalten. Allerdings lehnt Beijing bislang eine "Doppelanerkennung" Chinas strikt ab. (FCJ, 20.5.94; CP, 13.5.94)

In Pretoria führte Li am 11.Mai ein geheimes Gespräch mit dem Präsidenten von Uganda, Yoweri Museveni. Uganda hat nicht mit Taiwan, sondern mit Beijing diplomatische Beziehungen.

Vom 12.-14.Mai stattete Li Swasiland einen Staatsbesuch ab. Taiwan unterhält in dem afrikanischen Königreich zwei technische Korps zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Handwerks.

Auf seiner Rückreise von Afrika nach Taiwan machte Li Zwischenlandung in Singapur. Zeitungsmeldungen zufolge soll der Ministerpräsident des Stadtstaates, Goh Chok Tong, den hohen Gast aus Taiwan "heimlich" im Flughafen begrüßt und ein Gespräch von 30-40 Minuten Dauer geführt haben.

Beim Hinflug von Taiwan nach Nicaragua hatte Washington der Delegation Lis lediglich erlaubt, daß das Flugzeug in Hawaii "aufgetankt" wurde. Singapur und die USA haben diplomatische Beziehungen mit Beijing. (LHB und CP, 6. und 17.5.94) -ni-